

Antrag der Fraktion Alternative DA vom 29. April 2010 betr. gemeinsame Sitzung des Planungs-, Bau- und Verkehrsausschuss mit dem Ausschuss für Umweltschutz, öffentliche Einrichtungen und Betriebe zum Thema ICE-Anbindung

ALTERNATIVE DARMSTADT

Kompetent - Kritisch - Konstruktiv

Darmstadt, den 29. April 2010

Antrag – gemeinsame Sitzung von Bau- und Verkehrsausschuss mit dem Umweltausschuss zum Thema ICE Anbindung

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen,

der Magistrat wird beauftragt,

1. in einer gemeinsamen Ausschusssitzung von Bau- und Verkehrsausschuss mit dem Umweltausschuss eine Entscheidung der Stadtverordnetenversammlung in Sachen ICE-Anbindung vorzubereiten
2. dazu alle notwendigen Unterlagen und Informationen vorzubereiten und den Gemeindevertretern vorab zu übergeben
3. die Vorbereitungen und die Ausschusssitzung zeitlich so zu planen, dass eine entscheidungsreife Beschlussvorlage in der letzten Stadtverordnetenversammlung am 29. Juni, also vor der Sommerpause beraten und beschlossen werden kann.

Begründung

Nach unseren Informationen beginnt die Deutsche Bahn AG mit der Erstellung der Planunterlagen für den Bereich Darmstadt (PfA 2) im April 2010 um die Einreichung dieser Pläne an das Eisenbahnbundesamt im April 2011 wie geplant sicherzustellen.

Bisher bestand Einvernehmen, dass eine zwischen Dt. Bahn AG und der Stadt Darmstadt gemeinsam verabredete Variante in den Planungsprozess eingebracht wird.

Dieses Ziel ist gefährdet, da die Dt. Bahn AG sich weiterhin dagegen sperrt, den Beschluss der politischen Mehrheit für eine Führung der Neubautrasse durch den Hauptbahnhof zu akzeptieren und umzusetzen.

Unterschiedlichste Varianten - Konsenstrasse, Westbahnhof, Nordanbindung - wurden diskutiert und auf mehrfache Weise untersucht und bewertet, aber es wurde immer noch keine gemeinsame Lösung zwischen Stadt und Dt. Bahn AG vereinbart.

Wird eine solche gemeinsame Variante nicht bald gefunden, wird die Dt. Bahn AG eine Option ihrer Wahl ins Verfahren einbringen und die Stadt kann dann nur im Rahmen des Genehmigungsverfahrens ihre Vorstellungen einbringen.

Um dies zu vermeiden, fordern wir den in dieser Sache federführenden Oberbürgermeister auf, alle Informationen auf den Tisch zu legen und eine politische Entscheidung herbeizuführen.

Unsere parallel eingereichten kl. Anfrage benennt einige der noch offenen Punkte, die in dieser Sitzung beantwortet werden müssten. Wir gehen davon aus, dass auch die anderen Fraktionen hier noch einen Informationsbedarf haben.

Weitere Begründung mündlich

Waltraud Bornheimer, Roswita Emig, Georg Hang
Stadtverordnete